

Polen wie Deutsche  
benötigen  
eine Sprache der Trauer

# Versöhnung braucht Erinnerung

Norbert Lammert

Seit es Deutsche und Polen gibt, haben sie nicht nur eine gemeinsame Grenze, sie teilen sich vor allem eine gemeinsame Geschichte. Diese reicht von der Gründung des Erzbistums Gnesen und der Bezeichnung Boleslaw Chrobrys als „Bruder“ durch Kaiser Otto III. im Jahr 1000 über die Zeit der Habsburger, deren Töchter in Polen gern geheiratet wurden, die Begeisterung, die die polnischen Freiheitskämpfe in der Zeit der Restauration in Deutschland auslösten und im weiß-rot und schwarz-rot-golden geschmückten Hambacher Fest 1832 kulminierten, bis in die unsere Gegenwart besonders prägende Erfahrung beider Totalitarismen im vergangenen Jahrhundert. Beide Völker können ihre jeweilige Geschichte nicht loslassen und dürfen es auch nicht.

Bei manchen Irritationen der jüngsten Zeit kristallisiert sich immer wieder als eine zentrale Frage heraus: Wie sehen wir, Deutsche und Polen, jeweils unsere gemeinsame Geschichte? Und wie groß ist das wechselseitige Verständnis – ein Verständnis, das nicht beschönigt oder verdrängt, sondern wirklich verstehen will? Und: Haben wir die Fähigkeit, auch den Blick des anderen wahrzunehmen, ihn vielleicht sogar in die eigene Orientierung aufzunehmen?

Polen ist neben Frankreich der größte Nachbar Deutschlands. Und wie gehen wir damit um? Ist der bemerkenswerte Aussöhnungsprozess, den es in den letzten sechzig Jahren zwischen den historischen „Erbfeinden“ Frankreich und Deutschland gegeben hat, auch denkbar

zwischen Polen und Deutschland? Ich bin fest davon überzeugt. Das ist aber nicht allein durch symbolische Gesten zu erreichen, sondern erfordert in den Beziehungen zum östlichen wie zum westlichen Nachbarn kontinuierliche Anstrengungen, politische Maßnahmen und einen vertrauensvollen Dialog. Voraussetzung dabei ist Offenheit gegenüber der Geschichte und den konkreten Erfahrungen der Menschen, die Raum lässt für individuelles Erleben und persönliche Erinnerung. So wie die Identität einer Person ganz wesentlich von Herkunft und Erfahrungen bestimmt ist, so gilt auch für Länder, Völker und Nationen, dass die Gegenwart nicht ohne die Vergangenheit zu erklären und die Zukunft ohne das Bewusstsein damit verbundener Erfahrungen nicht zu bewältigen ist.

## Beziehungen zwischen Sejm und Bundestag

Die beiden Parlamente haben dafür eine besondere Verantwortung. Die Beziehungen zwischen Sejm und Deutschem Bundestag sind bereits seit Jahren mindestens so gut, intensiv und lebendig wie die Beziehungen zwischen den Regierungen. Und sie werden kontinuierlich ausgebaut. Die Präsidien tagen regelmäßig gemeinsam – zuletzt am 17. Juni 2009 in Berlin, an jenem Tag, an dem im Deutschen Bundestag des Aufstandes der Arbeiter in der DDR gegen das SED-Regime im Jahre 1953 gedacht wurde. Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung wurde zur Erinnerung an die polnischen

Verdienste um die Freiheit in Europa ein Mauerstück der ehemaligen Danziger Lenin-Werft an der Ostfassade des Reichstagsgebäudes der Öffentlichkeit übergeben. Weitere gemeinsame Präsidiumssitzungen und Veranstaltungen sind bereits geplant. Für 2010 ist zudem eine erste trilaterale Sitzung der Parlamentspräsidien aus Frankreich, Polen und Deutschland vereinbart und damit der Beginn einer parlamentarischen Zusammenarbeit, die die Regierungen der beteiligten Staaten im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ schon seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten praktizieren. Neben den Begegnungen auf präsidialer Ebene pflegen wir eine Vielzahl von Kontakten zwischen einzelnen Abgeordneten, Ausschüssen und Parlamentariergruppen. Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die beiden Parlamente auch längst einen regen Austausch auf Ebene der Mitarbeiter pflegen und jährlich Studenten durch ein Stipendium einen authentischen Einblick in die Arbeitsweise der beiden Parlamente und ihrer Mitglieder ermöglichen.

### Gemeinsame christliche Werte

Deutsche und Polen gehören einer europäischen Gemeinschaft an, die nicht zuletzt auf christlichen Werten gründet. Nehmen wir den damit verbundenen Anspruch ernst und begreifen wir das Christentum nicht nur als eine historische oder soziale Reminiszenz, kann dies eine sehr tragfähige Basis für eine erfolgreiche Fortsetzung des gemeinsamen Weges von Polen und Deutschen sein. Denn Versöhnung, Verständigung und Wahrheit sind essenzielle Bestandteile eines angemessenen Umgangs von Menschen und Völkern miteinander, eines Umgangs, der für die Sichtweise des jeweils anderen offen ist, in dem auch unbequeme Meinungen angehört und respektiert werden, der nicht aufrechnet und sich ehrlich um Verständigung bemüht. Wer als Mitglied der Nachkriegsgeneration (zu der auch ich ge-

höre) auch nur einen Hauch von Vorstellungskraft für Ereignisse besitzt, die er selbst nicht erleben musste, darf sich keine Illusion über das Ausmaß der Anstrengung machen, die dabei zu leisten ist.

### Risiko emotionaler Distanz

Eine besondere Schwierigkeit besteht in der Diskrepanz zwischen den großen historischen Ereignissen und den scheinbar kleinen persönlichen Schicksalen, deren Summe aber überhaupt erst die großen Veränderungen ausmacht. Die Geschichte der Vertreibung in Europa ist dafür ein besonders gutes und zugleich sensibles Beispiel. Die historische Kausalität, der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung, tritt bei den großen Vertreibungen, die es in der europäischen Geschichte vor allem des zwanzigsten Jahrhunderts gegeben hat, regelmäßig klar zutage. Eine hinreichende Erklärung für das persönliche Vertreibungsschicksal ergibt sich daraus fast nie. Das macht den Umgang mit dem Thema persönlich wie politisch so schwierig, das Risiko von Missverständnissen und Verletzungen so hoch und darf dennoch nicht zu dem scheinbar leichten Ausweg verleiten, Einzelschicksale verdrängen zu wollen, um für die großen Zusammenhänge und für das veränderte Verhältnis von Nachbarländern zueinander Irritationen zu vermeiden. Der Preis der Verdrängung ist Distanz – nicht die kühle Distanz des Historikers, der emotionslos Fakten und Ereignisse sortiert, sondern die emotionale Distanz von Betroffenen zu den Institutionen und Repräsentanten des eigenen wie des dauerhaft fremden Landes, das auf diese Weise nie zum gefühlten guten Nachbarn werden kann.

### Sprache der Trauer

Deshalb ist Erinnerungskultur ebenso wichtig wie schwierig. Und deshalb ist sie auch eine staatliche Aufgabe. Menschen, die persönlich schuldlos Opfer

politischer Entwicklungen, staatlich veranlasster Verirrungen oder Verbrechen geworden sind, haben einen Anspruch darauf, in ihrem Schmerz, mit ihrem Schicksal nicht allein gelassen zu werden. Darüber zu sprechen, sachlich und ohne gleich mit dem Vorwurf der Geschichtsumschreibung konfrontiert zu werden, fällt nach wie vor schwer in Deutschland, aber auch bei unseren östlichen Nachbarn. Der ungarische Historiker Krisztián Ungváry stellt fest (FAZ vom 16. Mai 2004): „Es fehlt bisher in Deutschland wie in Osteuropa eine Kultur, die es uns ermöglicht, über Opfer und Täter ohne Verdächtigungen zu sprechen. Die deutschen Debatten der letzten Jahre zeigen jedoch, dass es für die deutsche Gesellschaft ein zentrales Problem darstellt, eine Sprache zu finden, die Trauer über die eigenen Opfer ermöglicht. Diese Trauer kann nicht allein den Betroffenen überlassen werden, sie muss Teil der nationalen Erinnerungskultur werden. Wäre das in Deutschland möglich, könnte dies auch für andere Länder als Anregung dienen, die eigene Erinnerungskultur zu gestalten.“ Krisztián Ungváry prognostiziert: „Solange in Deutschland kein Konsens über die eigene nationale Erinnerungskultur entsteht, wird das Land seine innere Sicherheit nicht zurückgewinnen.“

### Kultur der Erinnerung

Polen hat unter Rassenwahn und Zweitem Weltkrieg, die beide von Deutschland ausgingen, besonders zu leiden gehabt. Es ist richtig und wichtig, dass Polen sich der Opfer und ihres Leids erinnert. Leidvolle Erfahrungen haben aber auch Deutsche gemacht. Der Krieg, der von Deutschland angezettelt wurde, fiel auf die Deutschen zurück, darunter viele, die seine Folgen tragen mussten, ohne an seinen Ursachen beteiligt gewesen zu sein. Sie wurden aus ihrer Heimat vertrieben, ohne dass sie selbst persönliche Verant-

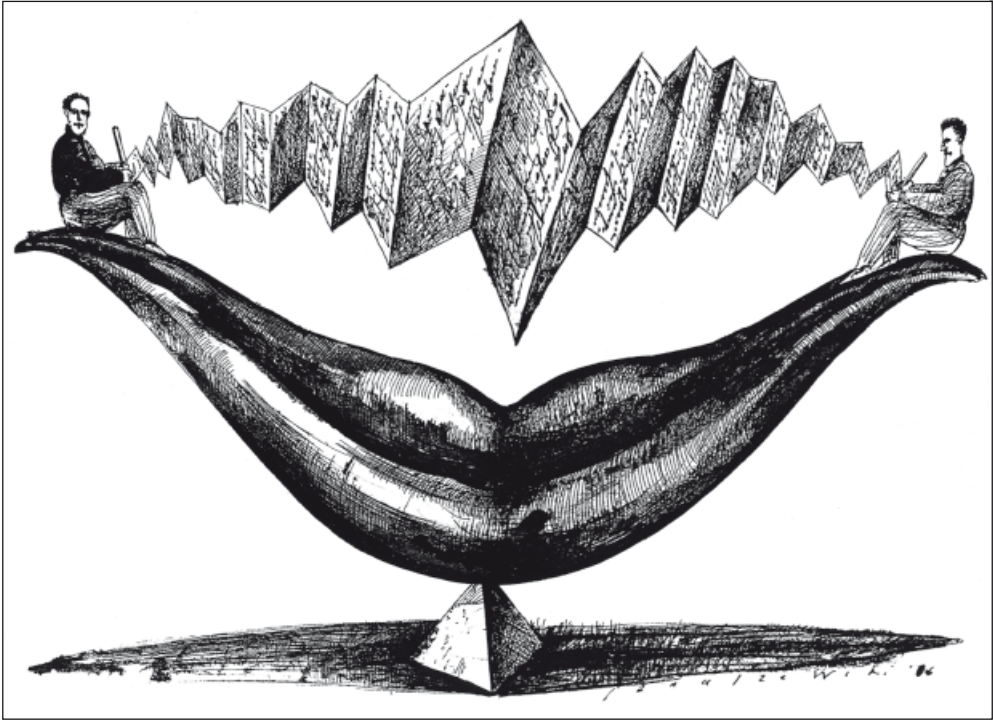
wortung für den mörderischen Krieg trugen. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand ist in Deutschland das Bedürfnis gewachsen, an diese Zusammenhänge zu erinnern. Im Koalitionsvertrag haben sich die beiden großen Volksparteien deshalb ausdrücklich „zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung“ bekannt: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“ Dies ist zweifellos eine öffentliche Aufgabe, die durch gesellschaftliche Initiativen zu ergänzen, nicht aber zu ersetzen ist.

Es wäre unsinnig, eine solche Kultur der Erinnerung ohne die Betroffenen entwickeln und pflegen zu wollen, aber es wäre auch unklug, sie allein den Vertriebenen als besonders Betroffenen zu überlassen. Einen Anspruch auf Deutungshoheit hat ohnehin niemand – weder Historiker noch Politiker, noch Verbandsfunktionäre und auch nicht Journalisten und Publizisten, deren Bemühungen um eine differenzierende, kritische Begleitung dieser Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit ich ausdrücklich würdige. Wer für sich ein Interpretationsmonopol reklamiert, sollte sich am öffentlichen Diskurs besser gar nicht beteiligen, wenn dieser denn auch ein Beitrag zur Verständigung und Versöhnung werden soll.

### Empfindliches Misstrauen

In Polen gab es lange Zeit erhebliches Misstrauen gegenüber allen Versuchen, an die Vertreibung von Deutschen zu erinnern, auch gegenüber dem „sichtbaren Zeichen“ – nicht selten mit der ausdrücklichen Besorgnis, dass damit Geschichte uminterpretiert und Täter zu Opfern ge-

„Rozmowa (Gespräch)“, Zygmunt Januszewski



macht werden könnten. Inzwischen ist aber auch in Polen die Einsicht gewachsen, dass es hier nicht darum geht, sich aus der Verantwortung zu stellen, sondern um die berechtigte Hinwendung zu dem menschlichen Leid, das vielen Vertriebenen widerfahren ist. Immer häufiger sind deshalb erfreulicherweise auch in Polen Stimmen zu hören, die ausdrücklich um Verständnis für die Vertriebungsdebatte in Deutschland werben. Auch die neue polnische Regierung hat der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Grundsatz zugestimmt.

Dennoch bleibt das Thema emotional stark besetzt, wie die Auseinandersetzung um die Berufung des Stiftungsbeirates gezeigt hat. Dazu hat es nicht nur hilfreiche Beiträge gegeben, auf polnischer wie auf deutscher Seite. Als der Bund der Vertriebenen naheliegenderweise seine Vorsitzende Erika Steinbach

für einen der Plätze nominierte, schlugen die Wellen der Empörung in Polen hoch. Wirklich überraschen konnte das niemanden, schließlich ist Erika Steinbach dort (aber auch hierzulande) über viele Jahre von bestimmten Kreisen als eine negative Galionsfigur aufgebaut worden, ein Schicksal, das übrigens vor Erika Steinbach auch anderen BDV-Vorsitzenden widerfahren ist. Irritierend war allerdings, dass auch ein so kluger und verdienstvoller Staatsmann wie Wladyslaw Bartoszewski, ausgewiesener Deutschlandkenner und offizieller Deutschlandbeauftragter der polnischen Regierung, mit Furor in diese Kerbe schlug.

Selbstverständlich ist es das gute Recht von Wladyslaw Bartoszewski, Frau Steinbach die Eignung als Repräsentantin deutscher Vertriebener im Stiftungsbeirat abzusprechen, auch wenn das Bild dieser engagierten Frau in der polni-

schen Öffentlichkeit zum Teil durch eine unvollständige, manchmal irreführende und dämonisierende Berichterstattung entstanden ist, an der sich bedauerlicherweise auch politische Repräsentanten (in beiden Ländern!) beteiligt haben. Ich habe großen Respekt vor der Biografie und der Lebensleistung des bedeutenden Publizisten, Historikers und Diplomaten Bartoszewski, der Häftling in Auschwitz, Mitgründer einer geheimen Hilfsorganisation für Juden, Teilnehmer des polnischen Widerstandes und des Warschauer Aufstandes gewesen ist, nach dem Krieg durch die polnischen Kommunisten sechseinhalb Jahre inhaftiert war und nach 1990 Botschafter in Wien und Außenminister der Republik Polen gewesen ist. Kritik von ihm pflege ich stets sehr ernst zu nehmen, aber in diesem Fall musste seine Schroffheit bestürzen.

### Gemeinsam zum Wohle Europas

Wir sollten und können zurückfinden zu der Perspektive, die Bartoszewski immer wieder in Reden und Aufsätzen vorgegeben hat. Berührt und ermutigt haben mich seine Zeilen, die ich in einem ganz anderen Zusammenhang (in seinem Beitrag für die Festschrift aus Anlass des siebenzigsten Geburtstages von Kardinal Lehmann) gefunden habe: „Polen und Deutsche müssen ihre gegenseitigen Relationen neu begreifen und definieren. Ich gehöre der Generation an, die berechtigt ist, folgenden Aufruf mutig zu formulieren: Lasst uns die Vergangenheit nicht vergessen und dafür sorgen, dass das

Bewusstsein der Vergangenheit gepflegt wird. Polen und Deutsche müssen einander aber über ihre neue europäische Verantwortung verstehen lernen, es ist nämlich Zeit, dass Polen und Deutsche aufhören, Europa jeweils für sich zu vereinnahmen; sie müssen beginnen, gemeinsam zum Wohle Europas zu wirken. [...] Die Herausforderung der Versöhnung unter demokratischen Bedingungen ist eine bedeutende Sache. Trotz der tragischen Vergangenheit haben es die Deutschen und die Polen verstanden, eine enorme psychologische und moralische Wende zu vollziehen. Sie beginnen, im Sinne von Verständigung und Versöhnung zu leben. Diese Erfahrungen und diese Werte sind besonders wertvoll, leider auch deshalb, da Völker, die auf unserem Kontinent nicht weit von uns leben, hier und heute noch mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert werden.“

Ich unterstreiche diese Beurteilung Satz für Satz, und ich bewundere den Geist, der sich darin manifestiert. Dies gilt auch und gerade für die Schlussfolgerungen, die Wladyslaw Bartoszewski daraus zieht: „Diese Erfahrungen sollten wir nicht nur für uns bewahren. Polen und Deutsche können und sollten Exporteure der Versöhnung und der Verständigung werden. Wir müssen uns aber dessen bewusst sein, dass Freiheit und Demokratie die *Conditio sine qua non* für Versöhnung und Verständigung darstellen. In diesem Sinne ist die Herausforderung der Vervollendung Europas untrennbar mit der Herausforderung der Versöhnung verbunden.“

### Nationalsozialistische und sowjetische Besetzung Polens

*„Schröder distanzierte sich in Warschau von den vertriebenen Deutschen – und gewann doch nicht das Vertrauen der Polen. Frau Merkel hat dem Bund der Vertriebenen noch eine Woche vor dem 1. September ihre Aufwartung gemacht – und ist doch ein willkommener Gast. Erst eine ostdeutsche Kanzlerin hat den Polen das Gefühl gegeben, in der Bundesregierung geistige Verbündete zu haben, die ihre Erfahrungen mit dem Kommunismus teilen.“*

Stefan Dietrich am 1. September 2009 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*